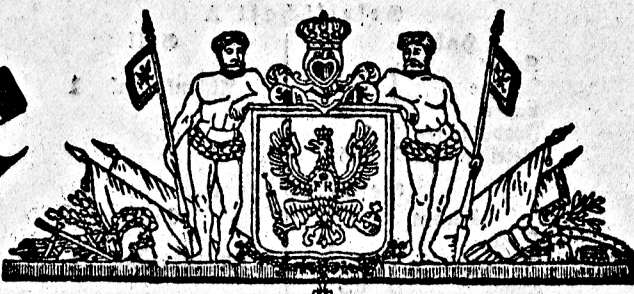


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

30 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurzzettel der Berliner Börse, Allgemeine Verlosungsliste, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 8 Mark und 66²/₃ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Vorlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn.d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Die Vorbereitung der Gegenvorschläge.

Einführung eines Arbeitsausschusses.

Amliche Meldung.

Im Auswärtigen Amt fand gestern unter Vorsitz des Reichsministers des Auswärtigen eine Sitzung von Sachverständigen statt, um die deutsche Stellungnahme zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz in der Entschädigungsfrage im einzelnen zu erörtern und die deutschen Gegenvorschläge vorzubereiten. Der Reichsminister des Auswärtigen gab zunächst einen Überblick über die gegenwärtige politische Lage, soweit sie sich auf das Entschädigungsproblem bezieht. Die wirtschaftspolitischen Wirkungen der Pariser Beschlüsse wurden hierbei besonders behandelt.

Nach eingehender Besprechung der einzelnen in Frage kommenden Probleme durch die Anwesenden wurde ein engerer Arbeitsausschuss eingesetzt, der seine Beratungen am nächsten Montag aufnehmen wird. Dem Arbeitsausschuss gehören Vertreter des Handels, der Industrie, der Finanz, der Landwirtschaft, Seeschiffahrt und der Arbeitnehmer an.

In der Konferenz im Auswärtigen Amt nahmen insgesamt etwa 25 Personen teil. Vertreten waren die Reichsministerien des Auswärtigen und der Finanzen, das Reichswirtschaftsministerium und das Ministerium für Wiederaufbau; ferner waren anwesend Vertreter des Reichswirtschaftsrates, von Handel, Industrie, Finanzen, Landwirtschaft und Schiffahrt, sowie einige Arbeiterversührer. Dem engeren Arbeitsausschuss gehören, wie wir erfahren, die folgenden 15 Mitglieder an:

- Vorsitzender des Reichswirtschaftsrates, Edler von Braun,
- Geheimrat Wieland vom Direktorium Friedr. Krupp A.-G.,
- Direktor Hans Krämer, Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates,
- Generaldirektor Cuno,
- Dr. Walter Rathenau,
- Hugo Stinnes,
- Generaldirektor Dr. Böglar,
- Dr. Karl Melchior, Hamburg,
- Generaldirektor Lübjen, Essen,
- Direktor Strauß, Berlin,
- Reichsbankpräsident Havenstein,
- Generalsekretär Silberstein als Arbeitervertreter,
- und je ein Vertreter des Reichsministeriums des Auswärtigen, der Finanzen und des Reichswirtschaftsministeriums.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons wird, wie uns aus Stuttgart gebrähtet wird, in den nächsten Tagen, voraussichtlich am 13. Februar, zum Besuch der württembergischen Staatsregierung nach Stuttgart kommen.

Das Barzahlungsprinzip in Brüssel zugestanden?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 9. Februar.

Die „Liberté“, „Intransigent“ und „Devoir“ machen darauf aufmerksam, daß die Hauptbestimmungen der Pariser Vereinbarungen von den deutschen Sachverständigen in Brüssel bereits grundsätzlich gebilligt worden seien. So hätten die deutschen Delegierten sich damit einverstanden erklärt, daß Deutschland den vierten Teil der ersten Jahresleistung in barem Geld abtragen solle und daß die Barzahlungen dann von Jahr zu Jahr steigen und daß vom vierten Jahre ab ausschließlich Barzahlungen zu leisten sind. Ferner hätten die deutschen Delegierten einer Abgabe vom Wert gewisser Ausfuhrsgüter grundsätzlich zugestimmt. Sie seien auch bereit gewesen, mit den französischen Sachverständigen ein Mittel zur Berechnung der Zunahme des deutschen Wohlstandes zu suchen. Die deutschen Proteste gegen die hohen Zahlen-Annutitäten werden dadurch hinfällig, daß günstige Bedingungen für die Vorauszahlungen geboten werden.

„Intransigent“ und der „Tempo“ machen darauf aufmerksam, daß die Meldung des Vossischen Telegrammbüros über die deutsche Antwort besagt, Deutschland habe „unter der ausdrucklichen Voraussetzung“ daß über die deutschen Vorschläge verhandelt wird, die Einladung nach London angenommen, während es in dem „aide mémoires“ heiße, Deutschland nehme die

Einladung an und nehme dabei an („suppose“), daß auch die deutschen Vorschläge erörtert werden. Die Blätter sind der Ansicht, daß die Ruanzierung der Vossischen Note Beachtung verdienen.

Der „Tempo“ fragt im Leitartikel, ob es denn notwendig gewesen sei, das ganze deutsche Volk in Aufregung zu versetzen, wenn man gewillt war, die Einladung nach London anzunehmen. Das Blatt erklärt weiter, es sei klar, daß die deutschen Vorschläge nur auf Annahme rechnen können, wenn sie den Gläubigern Deutschlands nicht weniger Vorteile und Sicherheiten böten, als die Pariser Beschlüsse. Natürlich müsse es auch den Verbündeten freistehen, in London neue Gedanken zu formulieren. Der „Tempo“ fordert die Verbündeten und besonders Frankreich auf, zur Londoner Konferenz bereit vorbereitet zu gehen, daß sie alle deutschen Vorschläge und Einwendungen ohne Zeitverlust beantworten können.

Rundgebung der bayerischen Regierung

„Die Einwohnerwehr eine Lebensfrage Bayerns“.

mh München, 9. Februar.

Ausgedehnte Beratungen der einzelnen Fraktionen der Koalition hätten auch den Nachmittag aus, so daß der Ministerrat erst in vorgerückter Abendstunde sich versammeln konnte. Gleichwohl liegt die längst angekündigte amtliche Stellungnahme zu der Meinungsverschiedenheit zwischen Berlin und München auch jetzt noch nicht vor und ist erst im Laufe des Donnerstags zu erwarten. Inzwischen aber hat sich der Ministerrat nach eingehender Beratung doch zur Ausgabe folgender Rundgebung entschlossen:

„Die Berliner Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten vom 5. Februar gaben in Bayern Veranlassung zu eingehenden Beratungen sowohl im Ministerrat als im Schöße der Koalitionsparteien. Im Mittelpunkt dieser Verhandlungen steht für Bayern naturgemäß die durch die Pariser Note der alliierten Mächte ausgesprochene Forderung der Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehr, deren Erhaltung für Bayern nach wie vor nach der übereinstimmenden Anschauung aller beteiligten Faktoren eine Lebensfrage bildet. Die bayerische Staatsregierung und die Koalitionsparteien haben die Möglichkeit einer solchen Forderung der alliierten Mächte niemals außer Acht gelassen, so oft sie auch ihren Standpunkt in dieser Frage geprüft und bis heute stets unverändert festgehalten haben. Auch bei der neuerlichen Prüfung aller Gesichtspunkte und aus den bisherigen Besprechungen ergab sich, daß dieser Standpunkt, der ausschließlich durch die Sorge um den Staatswiederaufbau bestimmt ist, auch durch die neue Lage nicht umgekehrt werden kann und daß die gleichen Gründe, die von Anfang an ihn notwendig machten, ungeschwächt weiter bestehen.“

Die Einheit des Reiches stand für alle Beteiligten dabei außer Frage. Einem separatistischen Gedanken ist während der ganzen Verhandlungen auf keiner Seite auch nur einen Augenblick Raum gewährt worden. Die endgültige Fassung der an die Reichsregierung zu richtenden Note wird Donnerstag vormittag erfolgen.“

Diese an dem bisherigen Standpunkt schroff festhaltende Erklärung muß man wohl hauptsächlich als eine Art Verühigungsprobe des Herrn von Kahr für diejenigen Kreise, auf die er sich persönlich mehr stützt als auf seine eigene Partei, auffassen. Daß die entscheidende Rundgebung erst für morgen erwartet wird, hat wohl seinen Grund darin, daß über die Beschlüsse der einzelnen Fraktionen erst morgen die interfraktionelle Besprechung stattfinden kann, weil ein führendes Mitglied einer Fraktion durch eine Reise heute abend von der Beschlussfassung ferngehalten war. Es kann verstanden werden, daß es sich um den Beschluß der Demokratischen Fraktion handelt, der noch unvollständig ist.

Durch die schleppende Entwicklung der Angelegenheit wird die Stimmung weiter Kreise der Bevölkerung außerordentlich gereizt. Die innerpolitische Atmosphäre ist so geladen, daß man nur dringend wünschen kann, daß wenigstens diesmal die unverantwortlichen Värmacher auf den beiden äußersten Flügeln sich Zurückhaltung auferlegen.

Die Nachrichten aus Nordbayern müssen der Regierung Kahr schwer zu denken geben. Der Nürnberger Stadtrat hat mit allen gegen die 5 Stimmen der Volkspartei und der bayerischen Mittelpartei, also auch mit den demokratischen Stimmen eine Rundgebung gefordert, in der die Regierung aufgefordert wird, sich hinter die Politik der Reichsregierung zu stellen und nicht durch Fortsetzung ihrer bisherigen Politik die wirtschaftlichen Interessen Nordbayerns auf das Schwerste zu gefährden.

(Siehe auch vierte Seite.)

Die vertikale Gefahr.

Von

Ulrich Dambitsch,

Beichtatplatter der „Vossischen Zeitung“.

* Düsseldorf, 9. Februar.

Die bedeutsamste wirtschaftliche Erscheinung der Nachkriegszeit ist in Deutschland der Vertikaltrust. Wie im Reagenzglas des Chemikers ist plötzlich eine Verbindung der Fabrikationsmoleküle von der Kohle bis zur Kolbenmaschine vom Eisenerz bis zum Turbodynamo erfolgt. Die Gestalter dieses Vertikaltrustes haben ihn nicht nur ins Leben gerufen, sie haben auch versucht, die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit seiner Existenz, seine ökonomischen und sozialen Fortschrittstendenzen zu begründen. Durch diese Begründung ist die Gegenkritik in eine gewisse Einseitigkeit gedrängt worden. Man hat diesen Fragenkomplex bisher in der Hauptsache nach der Richtung hin untersucht, in der die Sozialisierungsforderungen der heutigen Zeit der Erfüllung entgegenstehen. Da die Kritiker eingestellt waren auf den Gemeinwirtschaftsgedanken und Gemeinwirtschaft seit Marx untrennbar verbunden zu sein scheint mit Konzentration, so ist die Zweckmäßigkeit der Zusammenballungen überhaupt gar nicht angezweifelt worden. Es war im allgemeinen lediglich die Rede davon, ob diesen Zusammenballungen in vertikaler Richtung nicht eine Ergänzung in der horizontalen gegeben werden müsse.

Nun aber taucht auch das andere, an und für sich ja alte Problem wieder auf. In den voraussetzlichen Opfern der Vertikaltrustentwicklung erwacht der Wille zum Leben, zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit. Es ist ja erstaunlich, wie widerstands- und geräuschlos sich ganze Industriegruppen von dem sich heranwühlenden Lindwurm haben verschlingen lassen. Als in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts die reinen Hohenwerte, die Eisengießereien, die Walzwerke von den Hütten zertrümmert wurden, da hat es doch einen Kampf gegeben, der die Öffentlichkeit mit seinem Lärm erfüllt hatte. Es war die Zeit der Kartell-Enqueten, der Reichstagsdebatten und lebhafter Pressepolemik. Welchen Staub haben nicht in den neunziger Jahren die Beschlüssenlegungen aufgewirbelt. Still und schicksalsergeben gehen dagegen heute ganze Produktionszweige willig unter das Joch. Kaum hat die Öffentlichkeit es bemerkt, daß es heute fast kein einziges selbständiges Hohenwert mehr gibt; daß die Werften an den deutschen Nord- und Ostküsten nahezu bis auf die letzte den rheinisch-westfälischen Montagewalzlagen übergeben worden sind. Spät, vielleicht aber noch rechtzeitig regt sich jetzt ein Widerstand. Ansehend zuerst in der Kleinisenindustrie. Der Klang dieses Wortes erweckt keine rechte Vorstellung von der handelspolitischen Großmachtstellung dieses deutschen Schaffenszweiges. Die Solinger Stahlwaren, Remscheider Sägen. Schösser aus Velbert, die Alteneuer Ketten, die Thüringer Waffen haben Weltruf und Weltabfab. Schon die von den früheren Feinden während des Waffenstillstandes in Wald und Solingen genau so wie in Lenderfusen und Ludwigshafen betriebene Fabrikspionage läßt erkennen, daß das Ausland die Bedeutung dieser Industrie für die Märkte der Erde so hoch einschätzt, wie die der chemischen Fabriken Deutschlands. Im vorigen Jahre haben auch die von der Kleinisenindustrie durch ihren Weltabfab heringebrachten Deutschen einen sehr erheblichen Wert gehabt. Die Kraft dieser Fabrikantengruppe zu erhalten ist von wirtschaftsnationaler Wichtigkeit.

Das könnte natürlich auch an und für sich nach Eingliederung auch dieser bisher noch aufrecht selbständigen in den Trust-Mechanismus geschehen. Sie verschließen sich auch durch aus nicht dem unererblichen Zwange, den der technisch-ökonomische Fortschritt ausübt. Wenn es möglich sein sollte, unmittelbar im Anschluß an den Walzprozess das gewaltige Rundisen in einer Wärme zu Ketten zu formen, dann hilft nichts, dann muß die Kettenfabrik verschwinden, um im Walzwerk wieder aufzuerstehen. Es wird aber bestritten, daß der technische Fortschritt der Träger der Vertikaltrustentwicklung des letzten Jahres gewesen ist. Nicht einmal kaufmännische Vorteile können für ihn geltend gemacht werden. Aus der nachträglich gegebenen Motivierung der jüngsten Zusammenballungen ist eigentlich nur ein Moment von greifbarer Plastik: Die Verbilligung der Lagerhaltung, und das ist im Grunde „das Barmot von gestern — die Mode vom vorigen Jahr“. Welche Fabrik ist heute noch geworbenen, ein übergroßes Lager zu halten? Nicht das Gesetz ökonomischer Entwicklungsnotwendigkeiten hat dem Vertikaltrust Leben eingehaucht. Er erscheint vielmehr als ein bloßes Gebilde in der Natur der Uebermacht. Die großen Entschädigungen, die die westlichen Werke für den sequenzierten oder abgetretenen Besitz in Lothringen, Luxemburg und im Saarrevier erhielten, gaben jenen Unternehmungen Mittel von bisher nicht gekanntem Umfange in die Hand, die in panikartiger Flucht vor der Markt-Anlage in Fabriken suchten. Man sagte damals scherzhaft in Westfalen: Thyssen kaufe alles, selbst alte Stiefel. Dieses Scherzwort kennzeichnet die Natur jener Vorgänge